

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Kanzler und Zentrum.

Nadelstich-Politik.

Nadelstich-Politik ist immer verwerflich: mag sie ausgehen von Behörden oder von Parteien. Gegenwärtig gefällt sich das Zentrum in Nadelstich-Politik gegenüber dem Reichskanzler. Das Zentrum ist im Reichstag zur Erfüllung konserverativer Wünsche zu spielen: es kann entweder mit den Konservativen und einem Teil der Liberalen eine Mehrheit für die Regierung bilden, oder, wenn es ihm beliebt, die Regierung zu strafen, mit den Sozialdemokraten eine Mehrheit gegen den Reichskanzler schaffen. Gegenwärtig ist das Zentrum stark oppositionell gestimmt, nicht allein aus Unmut über das Verhalten der Regierung. Auch den Konservativen ist die Zentrumsfraktion in letzter Zeit nicht gerade freundlich gesinnt. Sie legt Wert darauf — mehr Wert als seit 1909 sonst —, daß sie nicht direkt als Hilfsgruppe zur Erfüllung konserverativer Wünsche erscheine. Die Konservativen haben ihm 1909 die Möglichkeit geboten, aus dem unbehaglichen Schmolzwinkel mit der Miene eines Vaterlandsretter hervorzutreten. Heute fühlt sich das Zentrum wieder stark genug, sich auf eigene Füße zu stellen.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat es mit dem Zentrum verstanden seit der Entscheidung des Bundesrats gegen den bayerischen Jesuitenverbot. Feierlich hat der Abg. Spahn im Namen seiner Fraktion am 4. Dezember dem Reichskanzler erklärt: „Unter diesen Umständen können wir zu Reichskanzler und Bundesrat das Vertrauen nicht haben, daß die Bedürfnisse der Katholiken im Deutschen Reich bei ihnen eine gerechte Behandlung finden. Wir werden unser Verhalten dementsprechend einrichten.“ Die Versuche, die Volksseele zum Kochen zu bringen gegen Reichskanzler und Bundesrat, haben aber nur einige Wochen angehalten. Selbst die schärfsten Protestresolutionen vermochten nicht die auch von Katholiken als richtig aufgefaßte Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die Katholiken nirgends in der ganzen Welt so viel Rechte und Freiheiten genießen als im Deutschen Reich. Von den Entzweiungsversammlungen wegen der Jesuitenabwehr ist es dann auch bald wieder still geworden.

Aber durch Heim Nadelstiche soll wenigstens dem Reichskanzler das Leben unbehaglich gemacht werden. Daran ist die vom Zentrum unterstüzte Polen-Interpellation im Reichstag wegen der Enteignungsmöglichkeiten der preussischen Regierung in der Provinz Posen berechnet. Dieselbe Interpellation ist schon vor drei Monaten im preussischen Abgeordnetenhaus besprochen worden. Die Wiederbringung im Reichstag kann hier nur den Zweck haben, mittels eines Interpellationsantrags, was im Abgeordnetenhaus selbst wenn eine Mehrheit dafür vorhanden gewesen wäre, nicht möglich war, dem Reichskanzler ein Misstrauensvotum auszusprechen. Die Sozialdemokratie dürfte wahrscheinlich bereit sein, sich an dieser „Action“ zu beteiligen.

Ein Nadelstich ist auch der Beschluß der Subkommission des Reichstags auf abermalige Streichung der Osmarlenzulage für die Beamten. Im vorigen Jahre hat der Reichstag bei der zweiten Lesung des Etats diese Osmarlenzulage gestrichen und diesen Beschluß in dritter Lesung nur dahin abgemildert, daß die Zulage wenigstens noch für das laufende Etatsjahr bis zum 31. März gewährt wird. Im neuen Etat hat die Regierung die Forderung für die Osmarlenzulage auch für das kommende Etatsjahr wieder eingeführt. Die Subkommission des Reichstags aber hat gestern die Osmarlenzulage von neuem gestrichen. Die aus Polen, Zentrum und Sozialdemokraten zusammengesetzte Mehrheit für diesen Nadelstich ist genau dieselbe, wie die Mehrheit, die ein spezielles Interesse für die Polen-Interpellation bezeugt. Auf ähnliche Nadelstiche werden wir auch in den nächsten Wochen gefaßt sein müssen, bis es dem Zentrum gefällt, sich wieder mit dem Mantel des — Vaterlandsretters malerisch zu drapieren.

Die Vergewaltigung Stöffels in Marokko.

Im Reichstage richtete gestern, wie mitgeteilt, der Abg. Waffermann eine Anfrage an die Reichsregierung wegen der Vergewaltigung des deutschen Ansiedlers Stöffel in Marokko. Geheimrat Lehmann vom Auswärtigen Amt antwortete, daß der Reichskanzler Erhebungen veranlaßt habe. Im gleichen Augenblick bringt die „Deutsche Orient-Korrespondenz“ eine genauere Schilderung des Vorganges, um den es sich handelt. Die Darstellung beruht auf Angaben Stöffels und seiner Angestellten, die selbstverständlich zunächst einmal auf ihre Richtigkeit durch die Vertreter der deutschen Regierung, den Vizekonsul in Marokko und den Konsul in Casablanca nachgeprüft werden müssen. Nach diesen vorläufigen Angaben liegt die Sache folgendermaßen:

Stöffel hatte vor 15 Monaten einen Landstich rechtmäßig erworben, wobei der Verkauf an dem deutschen Konsulat abgeschlossen wurde. Indessen hatte der Franzose Lescoules aus Marokko ohne jede Berechtigung sich auf dem betreffenden Terrain niedergelassen. Alle Versuche Lescoules bei den französischen Behörden, sein scheinbares Anrecht zu beweisen, waren ohne Erfolg. Einen Gerichtsbescheid hat er nicht herbeigeführt. Trotzdem erhielt der Kauf von Him-mur von der französischen Behörde in Marokko den Befehl, Stöffels Land zu beschlagnahmen. Wenige Tage darauf erschien Lescoules in Begleitung von Leuten, um das Land zu besetzen und Stöffels Angestellte zu vertreiben. Bei den Versuchen, das Eigentum ihres Herrn gegen die Übergriffe der Franzosen zu verteidigen, gab ein Wächter als Warnungszeichen drei Schüsse in die Luft ab. Dies scheint der Anlaß gewesen zu sein, daß nunmehr ein militärisches Kommando unter der Leitung von zwei Offizieren und dem Kauf von Him-mur Stöffels Landgut besetzte. Als dieser dort eintraf, fand er sein Besitztum völlig ausgeplündert. Stöffel wurde bei seiner Ankunft ohne weiteres verhaftet erklärt, vom Versteher gezogen und mißhandelt, ohne daß dies von den Offizieren verhindert wurde. Er wurde darauf dem deutschen Vizekonsul Dannenberg in Marokko zugeführt, der ihn jedoch wieder auf freien Fuß setzte. Stöffels Angestellte wurden ins Gefängnis geworfen, und der Wächter, der die Warnungsschüsse abgegeben hatte, erhielt sogar eine Strafe von 15 Jahren Kettenhaft.

So wird der Hergang von beteiligter deutscher Seite dargestellt. Die deutsche Regierung hat, wie der Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärte, alle notwendigen Schritte eingeleitet, um die Angelegenheit Marokkos zu klären. Sie wird, falls die Angaben Stöffels sich bewahrheiten, eine ansehnliche Genugtuung für die Übergriffe der französischen Soldaten zu erwirken haben.

Eine kleine Anfrage.

Das Institut der „kleinen Anfragen“ ist im deutschen Reichstag allgemach schon zu einer vielbesprochenen Einrichtung geworden. Selten indes behandelten sie bisher einen so wichtigen und zugleich desinteressanten Gegenstand, wie die gestrige Anfrage des nationalliberalen Führers Baffermann nach der Angelegenheit von den Mächten des Dreierbundes vorbereiteten Interessenteilung des kleinasiatischen Besitzes der Türkei.

Das Deutsche Reich würde, wenn wirklich ein solcher Plan im Werke wäre, hier an einer äußerst empfindlichen Stelle berührt. Zwar laufen diejenigen Unternehmungen und Pläne, die man unter dem Sammelbegriff der deutschen Orientinteressen zusammenzufassen pflegt, keineswegs auf künftigen Landwerb hinaus. Es handelt sich hier einmal um wirtschaftliche Zukunftsaussichten, dann aber auch um die Erhaltung der asiatischen Türkei als lebensfähiges Staatsgebilde, das imstande ist, diese Unternehmungen zu tragen und zugleich als beachtlicher Wirtschaftsfaktor und vor bedrohlichen Verwicklungen der politischen Kräfte im Orient auf absehbarer Zeit hinaus sichert. Dieses Ziel ist seit Mitte der achtziger Jahre von der deutschen Reichspolitik ziemlich konsequent verfolgt worden. Die zweimaligen Besuche Kaiser Wilhelms in Konstantinopel 1889 und 1898 waren doch äußerlich sichtbarste Zeichen dafür. Schon früher hatte die Deutsche Bank im nahen Osten zu arbeiten begonnen. Es folgte der Ausbau der großen anatolischen Bahn, die Errichtung der Balkanbahn und der Deutschen Orientbahn, später die Konzessionierung der Bagdadbahn, die nach Syrien (wo einige deutsche Siedlungen blühen) und nach Persien Zweiglinien erhalten soll und von ganz besonderer wirtschaftlicher und militärischer Bedeutung für das Osmanenreich ist. In diesen Unternehmungen ist nicht nur ein bedeutendes Kapital investiert, sondern sie sind auch von großem politischer und wirtschaftlicher Werte für unsere heimische Industrie. Vor allem in ihrer Zukunftsbedeutung für den deutschen Handel mit der Türkei, der jetzt freilich erst an vierter Stelle steht. Alle diese Anlagewerte würden gefährdet sein, wenn bei anderen Mächten die Absicht bestände, der asiatischen Türkei rasch oder langsam den Garaus zu machen.

Die Antwort des Regierungskommisars hat sich gestern auf wenige knappe Sätze beschränkt. Er behauptete, daß nach anwendbaren Erklärungen der Vertreter der Dreierbündnisse derartige Vereinbarungen als ausgeschlossen erscheinen müßten. Aus dieser Antwort geht zum mindesten hervor, daß man in der Berliner Wilhelmstraße die Gerüchte, auf die sich Herr Baffermann bezog, zum Anlaß einer kleinen Anfrage bei den beteiligten Mächten genommen hat, wobei man nicht verhehlen darf, daß die wichtigen deutschen Interessen in Kleinasien gebührend hingewiesen. Denn ganz aus freien Stücken werden die Vertreter der Mächte in Berlin solche Erklärungen nicht abgegeben haben — solcher Charakter ist weder Diplomatenbrauch, noch würde er den Eindruck der Vertrauenswürdigkeit fällen.

Im Verlaufe der Verhandlung sind auch von dem Berliner Vertreter folgende Bemerkungen:

„Berlin, 29. Januar. Die gestrige Regierungsbekanntmachung auf die Anfrage Baffermanns über die Interessenteilung in Kleinasien war zwar zwar dem Reichstage mit Interesse aufgenommen worden, wird jedoch nachträglich in den parlamentarischen Kreisen vorwiegend in günstigen Sinne aufgefaßt. Man vertritt die Meinung, die Gerüchte von einer früher oder später geplanten Aufteilung Armeniens, Syriens und Arabiens seien lediglich auf Wünsche gewisser inoffizieller Stimmungsmacher innerhalb der Tripartiten zurückzuführen und bedürfen sich nicht mit den Mächten der Regierung, deren Erklärungen vielmehr in Berlin vollen Glauben verdienen. Deutschland, so meint man, habe allen Anlaß, seine Politik lediglich nach diesen amtlichen Erklärungen zu orientieren. Trotzdem glaubt man im Reichstage zu wissen, daß das Ausland, und die Großmächte darüber nicht im Zweifel gelassen hat, daß Kleinasien für uns ein Noli me tangere ist und daß der Versuch irgend einer Macht, die türkischen Besitztümer zu verdrängen, von Sanjohann oder zum Eingreifen in deutsche Wirtschaftsinteressen zu benutzen, bei uns auf unbedingtem Widerstand stoßen würde.“

Die Antwortnote der Pforte.

Die türkische Antwort auf die Kollektivnote der Mächte ist fertiggestellt worden, sie wurde am Dienstag im Ministerrat vorgelesen und soll angeblich heute dem Dogen des diplomatischen Korps Botschafter Pallavicini überreicht werden.

Wie es heißt, erklärt die Pforte in diesem Entwurf (der aber wahrscheinlich nochmals vom Ministerrat geprüft werden wird) daß sie die von den osmanischen Bevollmächtigten in der Sitzung vom 3. Januar bereits gemachten Zugeständnisse annehme, also was das Vilajet Adrianopel anbetrifft, die Grenzlinie, die der alten Grenze bis zum Flusse Arda folgt, dessen Lauf sie bis zur Einmündung des Sığdırli Tschai folgen wird, um den Gümüşhina östlich liegen lassend, am See Uru Göl zu enden. Ihre Rechte auf die Inseln halte die Pforte aufrecht.

Das Komitee für Einheit und Fortschritt hat der „B. Z.“ zufolge beschloßen, für den Fall der Ablehnung dieser Antwort durch die Balkanverbündeten, in eine Autonomie Adrianopels einzuwilligen, zugleich aber zu erklären, daß keine Insel abgetreten würde. Sollte auch dieses letzte Angebot betr. Adrianopel abgelehnt werden, dann würde die türkische Regierung selbst den Waffenstillstand kündigen, die Waffenfähigen vom 30. bis 40. Lebensjahre einberufen und eine innere Zwangsanleihe aufnehmen, die je nach den Vermögensverhältnissen pro Person 1 bis 10 türkische Pfund zu betragen hätte.

Das Kabinett

ist nunmehr vollständig, abgesehen von dem Präsidium des Staatsrats, das dem ehemaligen Großwehr Rutschul Said angeboten wurde. Die Verhandlungen mit dem früheren Großwehr Halli Pascha, um ihn zum Eintritt ins Kabinett zu bewegen, werden fortgesetzt. Halli Pascha soll sich bereit erklärt haben, irgendein Portefeuille anzunehmen, falls einige Minister wechseln und ein allgemeines politisches Programm angenommen wird. Dieses Programm würde eine radikalere Politik gegenüber den einzelnen Nationalitäten, sowie allgemeine Reformen, insbesondere die Umgestaltung der Verwaltung in westeuropäischem Geiste, in sich schließen.

Die Note der Balkanmissionen.

Wie das Reiterische Bureau erfährt, übergaben die Londoner Delegierten der Balkanverbündeten ihre Note dem Leiter der Delegierten, Nowatowitsch, der sie Reichskanzler überreichen soll, sobald er es für angebracht hält. Die Delegierten der Verbündeten

meinen, daß mit der Ueberreichung dieser Note ihre Mission in London beendet ist. Dr. Benjosef reist vor Ende der Woche nach Athen ab. Die Mehrzahl der Delegierten wird London wahrscheinlich in wenigen Tagen verlassen. Nach Informationen des Reiterischen Bureaus erwähnt die Note das Ende des Waffenstillstandes nicht. Ueber diese Frage werden die Regierungen und die Oberbefehlshaber im Felde entscheiden.

Mahmud Scheffets Programm.

Die Absichten des neuen türkischen Kabinetts beginnen jetzt in schärferen Umrissen sichtbar zu werden. Der Großwehr Mahmud Scheffet Pascha, in der hier beschriebenen Erklärung, die er in wenigen Tagen verlassen wird, hat in einer Unterredung mit einem englischen Journalisten seine Pläne ausführlich entwickelt, die auf eine großartige Verwaltungsreform im Innern hinauslaufen. Es wird uns hierüber gebräutet:

London, 29. Januar. Der Konstantinopeler Korrespondent des „Daily Telegraph“ hatte eine Unterredung mit dem Großwehr Mahmud Scheffet Pascha, in der hier beschriebene Erklärung abgab. Er sagte, daß die Türkei bezüglich der Zukunft im Innern viel verprochen und zu wenig gehalten habe, und daß die jungtürkische Regierung endlich Ordnung schaffen wolle.

Der Großwehr behauptet, daß die Mitwirkung der Mächte unerlässlich notwendig sei, um eine zielbewusste Reform und gute Verwaltung der Türkei durchzuführen. So würden in allen Ministerien ausländische Ratgeber angestellt werden. Das türkische Reich solle in große administrative Zonen eingeteilt werden, und für jede Zone solle ein ausländischer Inspektor angestellt werden. Auf die Bemerkung des Korrespondenten, daß dies ein unbedeutendes Wünsch sei, erwiderte der Großwehr: es sind keine Wünsche, es ist eine Reihe von Beschüssen. Auf die dringende Frage, ob es Krieg oder Frieden geben würde, erwiderte Mahmud Scheffet Pascha: es wird Frieden bleiben, unter der Bedingung, daß nach Europa diesen Frieden möglich macht. Seien Sie versichert, daß wir uns mit der Unterstützung und dem Erfolge, die uns die Lage auferlegen, an das Gelingen Europas wenden werden, damit Europa es uns möglich mache, den Frieden zu schließen, den wir aus dem Gefühl der Menschlichkeit und aus dem Bewußtsein unserer Pflicht als europäischer Staat heraus so dringend wünschen.

Mahmud Scheffet schloß: Wir wünschen nicht, das Schwert zu ziehen. Wir werden das nur tun, wenn wir vor die Wahl gestellt sind zwischen dem Krieg oder der Verteilung nicht allein der osmanischen öffentlichen Meinung, sondern der Meinung der Mohammedaner der ganzen Welt.

Soweit die Erklärungen Scheffets. Die Rechnung aber, daß die Großmächte aus Anlaß der Reformversprechungen von ihrem Standpunkte in der Friedensfrage abgehen werden, kann nicht stimmen. Es ist vorstellbar, daß die Jungtürken sich sehr im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung entscheiden wollen, eine radikale Umgestaltung der türkischen Verwaltungsgrundzüge in die Hand zu nehmen, daß sie auch im Gegensatz zu ihrem früheren Verhalten (z. B. gegenüber Albanien) den Nationalitäten mehr entgegenkommen wollen — und man wird einem Mann wie Mahmud Scheffet nicht verzeihen, daß er alle Bedürfnisse seiner Nation im Auge faßt und beachtet. In seiner Rede vor dem Reichstag hat er eine genügende Bürgschaft für die Zukunft angeführt, der verworrenen Zustände in Kleinasien, die von den anderen Mächten der Jungtürken nicht bloßgelegt wurden. Im Interesse der europäischen Großmächte liegt es vor allem, den gefährlichen Brandherd am Balkan zu entfernen. Deshalb soll die Türkei aus Adrianopel weichen. Andernfalls wäre ein neuer türkisch-bulgarischer Krieg ja nur eine Frage der Zeit! Auch das Jungtürkenkabinett sollte den geschichtlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen, nachdem einmal der Waffenstillstand zu Ungunsten der Türkei entschieden ist. Ein neuer Kriegszug wird den Türken Adrianopel, auch wenn sie es aus seiner Umklammerung befreien, nicht wiederbringen. Zu einer Wiederholung des Berliner Kongresses von 1878, der ihnen fast alles im Kriege verloren noch einmal zurückgab, ist heute niemand mehr geneigt.

Eine Million.

Konstantinopel, 29. Januar. (Wiener Korrespondenz.) Die Pforte erhielt von einer Finanzgruppe des Westens zur selben Uebernahme türkischer Schulden im Betrag von einer Million türkischer Pfund. Das Finanzministerium verweigerte die Ottomankauf, welche entsprechend zu den gleichen Bedingungen des Vorkriegsrechts steht.

Die Mächte bleiben einig.

Wien, 29. Jan. Das „Fremdenblatt“ konstatiert, daß, soweit auch die Kombinationen und Meinungen der europäischen Blätter über den bevorstehenden Beschluß des türkischen Ministerrats anzuwenden gehen, der Dreierbund und die Tripartiten vollständig darüber einig sind, daß das neue türkische Kabinett, falls es sich dem in der Kollektivnote der Mächte geäußerten Wunsch nicht anpaßt, auf eine Unterstüßung durch die Mächte in seiner Weise rechnen könne. In diesem Sinne sind der Dreierbund und die Tripartiten vollständig einig. Weiter befehle vollkommene Uebereinstimmung darin, daß in einem unerwarteten Falle einer ablehnenden Antwort der Türkei auf die Kollektivnote die Mächte jede isolierte Aktion unterlassen müßten.

Ein Ausgleich möglich?

Paris, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Aus London meldet der „Empire“, daß dort Gerüchte in Umlauf sind, nach denen vielleicht in letzter Stunde ein Komпромiß zwischen der Türkei und den Balkanstaaten abgeschlossen werden könnte.

Es sei demnach nicht darauf zu rechnen, daß Adrianopel vom Hunger zur Kapitulation gezwungen werde. Vielleicht dauere der Hunger der Belagerten noch einige Wochen. Dann ist aber die finanzielle Lage Bulgariens nicht zum besten, und gebietet sich zeigt sich die Notwendigkeit, die Leute zur Ausfahrt auf die Felder zurückzuführen, wenn eine fürdurable wirtschaftliche Krise vermeiden werden soll. Bulgarien würde daher einer Verhängung nicht abgeneigt sein.

Wie daselbe Blatt aus Petersburg erfährt, spricht man in leitenden russischen Kreisen von der Absicht, in den bulgarisch-türkischen Krieg einzugreifen, falls bei dem Wiederausbruch der Feindseligkeiten Bulgarien unterliegen sollte. Der russische Botschafter in Konstantinopel soll bei seiner letzten Unterredung mit Mahmud Scheffet Pascha in freundschaftlichen Ausdrücken zuversichtlich und zum Abschluß der Friedensverhandlungen ermahnt haben. Mehrfache Ratifizierungen sollen von Frankreich und England erteilt worden sein.

Notizen.

Bier französische in Toulon liegende Panzerkreuzer erhielten Befehl, sich bereit zu halten, um gegebenenfalls nach dem Orient abzugehen.

Der österreichische Landesverteidigungsminister Feld von Georgy teilte den Führern der Parlamentsparteien mit, daß das